



PALÄSTINA-INFO

HALBJÄHRLICHE ZEITUNG
PALÄSTINA-SOLIDARITÄT REGION BASEL

**Neue Strategien
der israelischen
Imagewerbung | Seite 2**

**Cultur(e)scapes
Israel | Seite 3**

**Es reicht nicht, die
israelische Politik verbal
zu kritisieren | Seite 5**

**Richtlinien für den
kulturellen Boykott von
Israel | Seite 7**

**Der Staat Israel – ein
Apartheidregime | Seite 10**

CULTURE SCAPES ISRAEL SEPT-NOV 2011

Neue Strategien der israelischen Imagewerbung

Life Style, Kreativität, Vielfalt – seit einigen Jahren sucht Israel neue Wege in der Imagewerbung, um seinem schlechten Ruf zu begegnen und von seiner Politik gegenüber den PalästinenserInnen abzulenken.



Flugblatt der BDS-Gruppe Berlin zur Internationalen Tourismusmesse in Berlin, März 2011

Jeder Staat versucht, durch gezielte Förderung und Werbung seine Interessen im Ausland zu vertreten. Für Israel, das hochgradig von der finanziellen und ideellen Unterstützung westlicher Regierungen abhängig ist, ein schwieriges Unterfangen. Trotz einem dichten Netz an Lobbyisten und Institutionen weltweit kämpft das Land mit seinem schlechten Image, vor allem wegen seiner Politik gegenüber den PalästinenserInnen. In Europa wurde Israel laut einer EU-Umfrage 2003 als eine der grössten Bedrohungen für den Weltfrieden wahrgenommen, in den USA wird es vor allem mit Religion und Krieg assoziiert. Hier soll eine neue PR-Strategie Abhilfe schaffen.

Propaganda im neuen Kleid

Seit 2006 wird im Aussenministerium neben der traditionellen Propagandatätigkeit (Hasbara) ein Konzept verfolgt, das die Aufmerksamkeit gezielt vom Palästina-Konflikt weg auf positive Bilder lenken will. Daniel Saranga, als PR-Strategie an der Entwicklung des Konzepts beteiligt, geht davon aus, dass die israelkritische Öffentlichkeit durch Argumente nicht zu überzeugen ist. Als Zielgruppe gelten daher insbesondere jüngere und liberale Menschen, die über ihnen wichtige „Konzepte und Werte“ angesprochen werden sollen, um so die „blinde“ Kritik an Israel zu durchbrechen. Als Themen eignen sich neben Hightech und Innovation auch Mode, Essen, Kultur und Life Style, die

über neue Medien, trendige Zeitschriften, bekannte Labels und gezielte Kooperationen verbreitet werden. In Projekten wie der Tel Aviv Beach (Wien, New York), einer zweiwöchigen Sommerparty auf der kroatischen Insel Pag, Auftritten an Tourismussmessen mit schwulenspezifischer Werbung oder einem israelischen Model, das in der Armee gedient hat und im Bikini für das Cover eines Männermagazins posiert, wird Israel als cooles, aufgeschlossenes, kreatives und vielseitiges Land beworben, das sich für Tourismus ebenso eignet wie für die Durchführung von Fachtagungen. Gezielt werden JournalistInnen, FestivaldirektorInnen, KulturmanagerInnen, ArchitektInnen, WissenschaftlerInnen etc. nach Israel eingeladen.

„Creative Energy“ nennt sich die Imagekampagne unterdessen – mit Kultur als Werbeträger. „Wer vertritt Israel am besten: ein Fachmann für Sperranlagen oder eine Rap-Gruppe?“, betitelt Haaretz 2005 einen Artikel. Isaac Zablocki, Gründer und Direktor des Israeli Film Center in den USA, sieht die Aufgabe seiner Institution darin, neue Eindrücke von einem „Israel voller Unschuld, Humor und Idealen“ zu vermitteln. Arye Mekel, Direktor der Abteilung für Wissenschaft und Kultur im israelischen Aussenministerium, meinte 2009, als Israel wegen seiner Kriegsführung im Gazastreifen weltweit im Kreuzfeuer der Kritik stand: „Wir werden bekannte Schriftsteller und Autoren, Theaterensembles und Ausstellungen entsenden ... So kann Israel von seiner schöneren Seite gezeigt werden und man bringt uns nicht nur mit Krieg in Verbindung.“

Kulturschaffende als Botschafter

Kulturschaffende, die staatliche Unterstützung für Auslandsauftritte erhalten, mussten sich einige Jahre lang verpflichten, Israel gut zu vertreten – die neue PR-Strategie scheint ohne diese Verträge auszukommen. Die Frage, wie

(un)politisch die Auftritte israelischer Kulturschaffender sein sollten, wird von den Fachleuten unterschiedlich beurteilt, wie an der Herzlyya-Konferenz 2010 zum Thema „Winning the Battle of the Narrative“ deutlich wurde. Einfache Botschaften wie die Betonung von Israels Friedensbereitschaft seien durchaus erfolgreich, verschiedene Ansätze müssten sich nicht unbedingt anschliessen.

Larry Defner, Kommentator bei der *Jerusalem Post*, zweifelt, wie sinnvoll es ist, politische Realitäten ganz auszuklammern. Wesentlich effizienter sei ein gewisses Mass an Selbstkritik bezüglich dem Umgang mit den PalästinenserInnen, wie sie Amos Oz, David Grossman und andere üben. Gerade in Europa kommen israelische MusikerInnen, AutorInnen und Filmschaffende, die sich mit den Auswirkungen von Krieg und Besatzung auf das Bewusstsein ihrer (jüdischen) Gesellschaft auseinandersetzen, gut an. Dessen ist sich die Regierung bewusst, weshalb solche Produktionen auch gefördert werden. Denn die systematische Diskriminierung und Vertreibung der PalästinenserInnen, die dem Selbstverständnis von Israel als jüdischem Staat zugrunde liegt, stellen sie nicht infrage.

Für David Saranga stehen zwar während Kriegen „die unmittelbaren strategischen Interessen im Vordergrund“, doch in „normalen Zeiten müssen wir unseren Kredit aufbauen, um in schlechteren Zeiten davon zehren zu können“. Entscheidend ist weniger, worüber ein Rapper spricht; was zählt ist, dass möglichst viele Auftritte stattfinden und Kontakte geknüpft werden, die eine positive emotionale Botschaft enthalten.

Quellen siehe Dossier Imagewerbung:
> www.bds-info.ch > **Culturescapes**



Flugblatt der US-Kampagne für akademischen und kulturellen Boykott gegen den Auftritt der Batsheva Dance Company im Februar 2009

Cultur(e)scapes Israel

Im Herbst geht in verschiedenen Schweizer Städten das vom israelischen Staat angeregte und mitfinanzierte Kulturfestival Culturescapes Israel 2011 über die Bühne – nicht ohne Proteste der BDS-Bewegung.

Der erste Hinweis kam vom internationalen Netzwerk: Das Schweizer Kulturfestival Culturescapes sei, wie dessen Direktor an einer Podiumsdiskussion in Akko verriet, im Herbst 2011 dem Schwerpunktland Israel gewidmet – auf Anfrage des israelischen Botschafters in Bern. Das zu einem Zeitpunkt, wo weltweit eine kritische Öffentlichkeit, namhafte Völkerrechtler und andere Persönlichkeiten mit Nachdruck fordern, Israel für seine Missachtung internationaler Rechtsstandards zur Rechenschaft zu ziehen. Für viele AktivistInnen war klar, dass dieses Festival nicht ohne Proteste über die Bühne gehen darf.

Kritik am Festival

Im Dezember traf sich erstmals auf nationaler Ebene eine Gruppe von AktivistInnen, um das Vorgehen zu beraten, und nahm Kontakt zur palästinensischen Kampagne für den akademischen und kulturellen Boykott (PACBI) und zur israelischen Gruppe Boycott from Within (BFW) auf. Der Direktor von Culturescapes, Jurriaan Cooman, erhielt

persönliche Protestschreiben. Im Frühjahr richtete sich BDS Schweiz in einem offenen Brief an Culturescapes und rund 60 institutionelle Partner und Sponsoren des Festivals, darunter Pro Helvetia, die Christoph-Merian-Stiftung, kantonale Behörden und unterstützende PolitikerInnen. Sie wurden aufgefordert, von der Durchführung des Festivals im gegebenen Rahmen abzusehen bzw. sich aus dem Projekt zurückzuziehen. Der Brief wurde zusammen mit Hintergrundinformationen und einem sarkastischen Kommentar der israelischen Aktivistin Tali Shapiro auf der BDS-Website publiziert. In Reaktion auf eine verunglimpfende Glosse von Sibylle Berg erschien in der Basler Zeitung ein Leserbrief, der die Anliegen des Boykotts unterstrich.

Die Kritik am Festival richtet sich gegen den Rahmen, das heisst die Beteiligung des israelischen Staats. Culturescapes gibt sich als fortschrittliches Projekt des kulturellen Austauschs, macht sich aber zum Gehilfen der offiziellen israelischen PR-Strategie. Durch die Betonung künstlerischer Kreativität und Vielfalt soll gezielt von der systematischen Zerstörung der palästinensischen Kultur

und Gesellschaft abgelenkt werden. Auch deutsche Solidaritäts- und BDS-Gruppen forderten einen Veranstalter in Lörrach auf, sich nicht am Festival zu beteiligen, und das Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina äusserte sich kritisch. BDS Schweiz forderte Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey und den Basler Regierungspräsidenten Guy Morin auf, aus dem Patronat zurückzutreten. Deren aktive Unterstützung ist besonders problematisch, da auch die Schweiz und erst recht Basel bislang konkrete Schritte gegenüber Israel zum wirksamen Schutz der palästinensischen Bevölkerung und zur Durchsetzung des Völkerrechts vermissen lassen. Kritik an der Mitwirkung von Guy Morin äusserten auch Mitglieder von BastA!, die mit diesem im Grünen Bündnis sind.

Ethische Verantwortung

Der offene Brief wurde bei Culturescapes und den Partnerinstitutionen rege diskutiert. Anfang Juni wurden VertreterInnen von BDS Schweiz zu einem Gespräch mit Culturescapes eingeladen und konnten vor rund 25 VertreterInnen von beteiligten Institutionen die Kritik noch einmal äussern und auf die Argumente der Festivalmacher reagieren. Viele VeranstalterInnen pochen zwar auf die politische Relevanz von Kultur, der Frage ihrer eigenen ethischen Verantwortung bei der Auswahl der Partner weichen sie unter Verweis auf die Kritikfähigkeit des Publikums und der geladenen KünstlerInnen aber aus.

Dennoch zeigt die Kampagne Wirkung: Einzelne VeranstalterInnen haben sich vom diesjährigen Festival zurückgezogen – zum Teil mit explizit politischer Begründung. Das für die Eröffnungsveranstaltung engagierte Trio Joubran mit drei palästinensischen Musikern aus Israel sagte seine Teilnahme ab, nachdem es vom institutionellen Rahmen des Festivals erfuhr.

Im September soll an einer kontroversen Podiumsdiskussion die Frage der politischen Relevanz von Kultur und die Bedeutung des kulturellen Boykotts aufgegriffen werden. Die Veranstaltungen des Festivals werden Gelegenheit bieten, mit kreativen Protesten ein kulturinteressiertes Publikum anzusprechen. > Kultur@bds-info.ch

Die politische Verantwortung von Kulturprojekten

In Reaktion auf den offenen Brief von BDS Schweiz an Culturescapes haben sich Festivaldirektor Jurriaan Cooman und weitere Veranstalter dazu geäußert, warum sie am Israel-Schwerpunkt festhalten.

«Boycott ist das falsche Signal, insbesondere wenn Kulturschaffende davon betroffen sind», schreiben Cooman und andere Partnerinstitutionen. Wie im offenen Brief und Gesprächen mit den Veranstaltern betont, richtet sich der kulturelle Boycott nicht gegen Kulturschaffende und ihre Werke. Er richtet sich gegen die Zusammenarbeit mit einem Regime, das laufend Völker- und Menschenrechtsverletzungen begeht, die von unabhängigen Organisationen bestens dokumentiert sind.

Die Boykottbewegung misst geistigem und künstlerischem Schaffen eine hohe Bedeutung bei. Sie setzt sich entschieden für Bedingungen ein, unter denen Kulturschaffende aus Israel/Palästina ihre Werke unabhängig von ethnisch-religiöser Zugehörigkeit gleichberechtigt zeigen können. Für

die Fortsetzung der bestehenden Unrechtsverhältnisse zahlt die palästinensische Gesellschaft einschliesslich ihrer Kulturschaffenden heute jedoch einen hohen Preis. Wie lange sollen sie noch vertröstet werden, bis auch das kulturell interessierte Publikum in Europa reagiert?

Verantwortung von Kulturveranstaltern

Die israelische Politik der Diskriminierung, Segregation, Vertreibung und Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft und Kultur wird von westlichen Regierungen finanziell und ideell gestützt. Deshalb appelliert die palästinensische Zivilgesellschaft an die Weltöffentlichkeit, sie bei der Durchsetzung

internationaler Rechtsstandards gegenüber Israel zu unterstützen. Kulturinstitutionen und KünstlerInnen stehen vor der Wahl, wie sie auf diesen Aufruf reagieren. Sie entscheiden, mit welchen Geldgebern sie zusammenarbeiten und welche Regimes sie damit legitimieren.

Eine kleine, aber wachsende Zahl israelischer Kulturschaffender sieht im palästinensischen Boykottaufruf den besten Ansatz zur Überwindung der israelischen Apartheid. Ihnen drohen der Verlust von Subventionen, Aufträgen, Stellen und neuerdings auch Prozesse und Geldstrafen. Angesichts der Lage vor Ort ist Kulturinstitutionen und KünstlerInnen in der Schweiz, die auf die gesellschaftliche Relevanz ihrer Arbeit pochen, zuzumuten, dass sie sich nicht für die israelische Propaganda hergeben und den Unrechtszustand nicht dulden. Ebenso ist schweizerischen Kulturschaffenden zuzumuten, dass sie Auftritte ablehnen, die von offiziellen israelischen Institutionen mitfinanziert werden. Anstatt sich hinter der Erhabenheit von Kultur zu verschanzen, wäre es an der Zeit, dass auch Kulturinstitutionen ethische Standards einhalten.

Dialog als Selbstzweck

«Die Wirkung von Culturescapes zielt auf Dialog, auf Öffnung der Wahrnehmung, auf Reflexion», argumentieren Cooman und Partnerinstitutionen. Inwiefern der Begriff Dialog bei Kulturveranstaltungen berechtigt ist, bei denen mehrheitlich fertige Produktionen konsumiert werden, sei dahingestellt. Wenn damit das Israel-Festival gerechtfertigt und so getan wird, als würde Culturescapes einen positiven Beitrag zur Lösung eines politischen Problems leisten, klingt dies wie ein Hohn. Der Palästina-Konflikt ist kein Problem mangelnder Wahrnehmung – und israelische Kultur, nebenbei bemerkt, in Europa auch keine Unbekannte. Seit Jahren wird der Begriff Dialog missbraucht, um die PalästinenserInnen hinzuhalten und von ihren Rechten abzulenken, während die israelische Regierung täglich neue völkerrechtswidrige Fakten schafft.

Dialog ist dann sinnvoll, wenn er auf gleichberechtigter Basis stattfindet, anstatt Unterdrückungsverhältnisse zu verschleiern. Die internationale Bewegung für den kulturellen Boykott Israels ist ein positives Beispiel von Dialog zwischen Kulturschaffenden über ethnisch/nationale Grenzen hinweg, um repressionsfreie Kulturräume für alle zu ermöglichen.

Ausführliche Antworten zu den genannten und weiteren Argumenten von Culturescapes und Partnerinstitutionen – beispielsweise der Hinweis darauf, dass die Veranstaltung mit Steuergeldern gezahlt wird, als würde sie damit gerechtfertigt – finden sich auf unserer Website.

> www.bds-info.ch

Es reicht nicht, die israelische Politik verbal zu kritisieren

Interview mit dem israelischen Filmemacher Eyal Sivan während der Israeli Apartheid Week im März 2011

Warum unterstützt du den palästinensischen Aufruf zum kulturellen Boykott Israels?

Ich finde den palästinensischen Aufruf ausgesprochen klar und präzise. Er greift sowohl die Schwierigkeiten als auch die Widersprüche auf, die im Rahmen des akademischen und kulturellen Boykotts bestehen. Zudem ist es in der aktuellen Situation dringend nötig, Druck auf die privilegiertesten Schichten der israelischen Gesellschaft, AkademikerInnen und Kulturschaffende, auszuüben. Dieser Druck ist aufgrund ihres Verhältnisses zum Staat nötig.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Frage der Gleichheit im Hinblick auf die Lebensbedingungen der PalästinenserInnen. Es geht nicht an, Kunstausstellungen, wissenschaftliche Tagungen und Aufführungen zu organisieren, wenn die PalästinenserInnen aus den besetzten Gebieten – die zum Teil nur wenige Kilometer entfernt leben – daran nicht teilnehmen können. Eine Antwort darauf ist eben, Gleichheit durchzusetzen.

Ist der kulturelle Boykott nicht kontraproduktiv, da er Kulturschaffende und Intellektuelle trifft, die zu den schärfsten KritikerInnen der israelischen Politik zählen?

Der Boykott richtet sich per Definition nicht gegen Personen, sondern ganz klar gegen Institutionen. Kunstwerke oder Personen, die sich nicht dafür hergeben, als BotschafterInnen des Staates Israel aufzutreten, werden nicht boykottiert. Umgekehrt können Kulturschaffende, so fortschrittlich sie auch sein mögen, boykottiert werden, wenn sie sich für eine solche Strategie einspannen lassen. Bei Politikern fordert man Taten statt Worte. Hier gilt



Eyal Sivan in *La Chaux-de-Fonds*. Foto: R. Ventrella

dasselbe: Es reicht nicht, zu sagen, man ist gegen die israelische Politik, man muss auch entsprechend handeln, Stellung beziehen und damit Partei ergreifen, das heisst, gewisse Dinge verweigern. Ich weigere mich, einen Staat und eine Politik zu vertreten, die ich als verbrecherisch betrachte.

Was kann der Boykott bewirken? Kann er wirklich zu einem grundlegenden Wandel der israelischen Politik gegenüber den PalästinenserInnen beitragen?

Welchen Einfluss der Boykott haben wird, wissen wir noch nicht. Was wir wissen ist, dass er der israelischen Regierung ziemlich Sorge bereitet und sie unterdessen enorme Mittel einsetzt, um den Boykott zu bekämpfen. Die israelischen Behörden fürchten eine Kampagne, der es gelingt, den israeli-

schen Staat zu delegitimieren. Was gut ist, denn sie haben sich daran gewöhnt, gar nichts mehr zu fürchten. Ich denke, der Boykott hat einerseits eine psychologische Wirkung und er erlaubt andererseits, auf internationaler Ebene den Finger und den Akzent auf den verbrecherischen Charakter der heutigen israelischen Politik zu legen.

Dass der Boykott selbst einen grundlegenden Wandel herbeiführen kann, glaube ich nicht. Er muss Teil einer Reihe von Massnahmen im Rahmen des palästinensischen und internationalen Kampfes sein, wobei das Völkerrecht als unabdingbare Grundlage dient, aber auch die Frage der Diskriminierung und der Besatzung dazugehören. In dieser Hinsicht kann der Boykott tatsächlich Wirkung zeigen.

Wie kann man zum Boykott Israels aufrufen, wenn man weiss, dass die Nazis zum Boykott jüdischer Geschäfte aufriefen, um dann zum Völkermord an Juden/Jüdinnen überzugehen?

Der Nazi-Aufruf zum Boykott jüdischer Produkte war ein nicht zu rechtfertigender Einsatz des Boykott-Instruments. Der Israel-Boykott gilt aber nicht jüdischen Personen, man boykottiert keine Ethnie, sondern eine Politik. Darin liegt der ganze Unterschied. Im vorliegenden Fall geht es nicht um einen Boykott gegen eine spezifische Eigenschaft einer bestimmten Personengruppe, sondern es geht darum, welche Politik unterstützt und mitgetragen wird. Das ist etwas völlig anderes. Die Botschaft heisst: Wenn ihr die israelische Politik nicht unterstützt, unterliegt ihr dem Boykott nicht. Es genügt, die politischen Ansichten zu ändern, dann wird der Boykott eingestellt – das ist ein stichhaltiges Argument.

Die Gegner setzen das Argument der Nazis ein, um einzuschüchtern. Juden/Jüdinnen in der zionistischen Bewegung haben problemlos zu diesem Mittel gegriffen, um jahrelang die arabische Bewegung zu boykottieren, selbst in den 30er-Jahren, als die Nazis in Deutschland die Juden boykottierten.

Der Israel-Boykott wird zudem nicht von einem Staat durchgesetzt. Die Nazis setzten ihren Boykott ja staatlich durch und erliessen dafür eigene diskriminierende Gesetze. BDS ist ein Appell der Zivilgesellschaft, der von den PalästinenserInnen ausgeht und in Solidarität mit ihnen unterstützt wird.

Ist es nicht ein Widerspruch, den akademischen und kulturellen Boykott zu unterstützen, während du selbst an einer israelischen Uni unterrichtest? Wie kannst du deine politischen Überzeugungen mit deiner beruflichen Existenz vereinbaren?

Genau, ich sage immer: Ich kann mich nicht selbst boykottieren. Ich bin ein Israeli, ich unterrichte an einer israelischen Universität und rufe gleichzeitig zum Boykott auf. Weil es ein Boykott ist, der vom Ausland ausgeht, von einer internationalen Bewegung, der ein Zeichen an Israel sendet. Wenn mich morgen meine eigene Uni bitten würde, sie im Ausland zu vertreten, würde ich das ablehnen. Ich vertrete Eyal Sivan, vor meinen Studenten, das ist alles. Da gibt es keinen Widerspruch.

Ist es gefährlich, in Israel für den Boykott einzutreten?

Es ist ein neues Gesetz in Beratung, das Geld- und Gefängnisstrafen für Personen vorsieht, die zum Boykott aufrufen. Das verstärkt die Bedeutung des Appells. Ja, es wird gefährlich werden, und die internationale Boykottbewegung wird dem Rechnung tragen müssen. Es wird einen Zeitpunkt geben, an dem wir faktisch zu politischen Dissidenten werden, und zum Teil wird es auch Aufrufe zur Unterstützung politischer Flüchtlinge und Ähnliches geben. So weit ist es noch nicht: Israel behauptet ja, eine Demokratie zu sein. Aber demnächst könnte das der Fall sein.

Ist es nicht ein Fehler, wenn durch den Boykott verhindert wird, dass kritische israelische Stimmen zu Wort kommen?

Ich denke, es besteht ein Unterschied zwischen wohlmeinender Kritik und

konkretem Engagement. Wir haben es mit einem problematischen Paradox zu tun: Wenn wir als kritische Israelis auftreten, heisst es oft: „Zum Glück gibt es Leute wie Sie in Israel.“ Andererseits tragen wir dazu bei, ein positives Image von Israel zu verbreiten, was wir ja eigentlich nicht wollen.

Deshalb muss klar unterschieden werden zwischen einer kritischen und einer oppositionellen Haltung. Es ist ein Unterschied, ob man nur von Menschenrechten redet oder real etwas erreichen will und sich klar für den politischen Kampf ausspricht. Es ist ein Unterschied, ob man zionistisch ist oder nicht, ob man prozionistisch oder antizionistisch ist. Zudem ist es insbesondere für die internationale Solidaritätsszene wichtig, hier genau hinzusehen und nicht immer für bare Münze zu nehmen, wenn Leute für den Frieden oder gegen die Besatzung eintreten; das ist noch kein regimiekritischer Diskurs. Wenn man Leuten wie Amos Oz, wie Peace Now etc. zuhört, die im Grunde eine ethnische, rassistische, extrem zionistische Haltung vertreten und den bestehenden Staat verteidigen, wäre es wichtig, klarer zu differenzieren, sich nicht von Worten blenden zu lassen, sondern darauf zu achten und nachzufragen, wofür sie sich real einsetzen.

Eyal Sivan, geboren in Israel, Fotodokumentationen, zahlreiche Dokumentarfilme zu politischen Themen, unterrichtet in Paris, London und Israel

Eyal Sivan in der Schweiz

Im Rahmen der Israeli Apartheid Week 2011 wurde der neuste Film „Jaffa –The Orange’s Clockwork“ in Zürich, Basel, Bern, Neuchâtel, La Chaux-de-Fonds, Lausanne und Genf gezeigt. In mehreren Städten fand anschliessend ein Gespräch mit dem Regisseur statt. Der Film kann bei uns zum Preis von Fr. 30.- bestellt werden. > info@palaestina-info.ch

Richtlinien für den kulturellen Boykott von Israel

Die Palästinensische Kampagne für den akademischen und kulturellen Boykott Israels (PACBI) hat auf der Grundlage intensiver Diskussionen über die anwendbaren Kriterien und der Erfahrungen der letzten Jahre im Oktober 2010 Richtlinien für den kulturellen Boykott veröffentlicht.



Flashmob vor der Oper in Tel Aviv gegen eine Aufführung der Cape Town Opera aus Südafrika im Oktober 2010. Foto: Oren Ziv/Activestills

Ein Schlüsselargument des südafrikanischen Apartheidregimes und seiner Verteidiger gegen den kulturellen und sportlichen Boykott lautete, dass dieser die Meinungsfreiheit und die Freiheit des kulturellen Austauschs verletze. Dies wurde von Enuga S. Reddy, Direktor des United Nations Centre Against Apartheid, 1984 strikt zurückgewiesen: „Es ist, gelinde gesagt, eher seltsam, dass das südafrikanische Regime, das [...] der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit [...] alle Freiheiten versagt, [...] zum Verteidiger der Freiheit der Künstler und Sportler der Welt werden soll. Wir haben eine Liste von Leuten, die in Südafrika aufgetreten sind, aus Unkenntnis der Situation oder aus Geldgier oder aus Achtslosigkeit gegenüber Rassismus. Sie müssen davon überzeugt werden, dass sie die Apartheid nicht weiter stützen, nicht weiter von Apartheidgeldern profitieren und nicht länger der Propaganda des Apartheidregimes dienen.“ Ähnlich zielt der palästinensische Boykott auf kulturelle Institutionen, Projekte und Veranstaltungen, die weiterhin den Zwecken des israelischen Kolonial- und Apartheidregimes dienen.

Seit April 2004 ruft PACBI Intellektuelle und AkademikerInnen weltweit auf, „alle israelischen akademischen und kulturellen Institutionen umfassend und konsequent zu boykottieren, um einen Beitrag zu leisten im Kampf für die Beendigung der israelischen Besatzung, der Kolonisierung und des Apartheidsystems“. Eine wesentliche Inspirationsquelle ist dabei die Boykottkampagne gegen das südafrikanische Apartheidregime.

Im Jahre 2006 starteten palästinensische Kulturschaffende ihre Kampagne, die international Resonanz fand. Der bekannte britische Künstler und Schriftsteller John Berger veröffentlichte eine Stellungnahme, die von Dutzenden KünstlerInnen, SchriftstellerInnen und FilmemacherInnen unterstützt wurde. Darin appellieren sie an alle Kulturschaffenden weltweit, sich dem palästinensischen Aufruf zum kulturellen Boykott anzuschließen.

Boykottaufruf aus Anlass der 60-Jahr-Feiern von Israel

Am 8. Mai 2008 erschien in der *International Herald Tribune* ein halbseitiges Inserat unter dem Titel „Kein Grund zum Feiern“, in dem Dutzende von international anerkannten Kulturschaffenden wie Mahmoud Darwish, Augusto Boal, Ken Loach, Andre Brink, Ella Shohat, Judith Butler, Vincenzo Consolo, Ilan Pappé, David Toscana, Aharon Shabtai und andere als Antwort auf die weltweiten Feierlichkeiten zum „60. Geburtstag Israels“ folgende Stellungnahme unterschrieben:

„Es gibt keinen Grund zu feiern! Israel ist nach 60 Jahren immer noch ein Staat, der den palästinensischen

Flüchtlingen die von der UNO zugesicherten Rechte verweigert, bloss weil sie nicht jüdisch sind. Israel hält immer noch widerrechtlich palästinensisches und anderes arabisches Land besetzt und verletzt dadurch zahlreiche UNO-Resolutionen. Es verletzt laufend in grober Weise internationales Recht und fundamentale Menschenrechte, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden, mit der grosszügigen wirtschaftlichen, diplomatischen und politischen Unterstützung der USA und Europas. Die eigenen palästinensischen BürgerInnen sind immer noch institutionalisierter Diskriminierung ausgesetzt.“

Richtlinien für den kulturellen Boykott

Als allgemeine Regel sei festgehalten, dass bis zum Beweis des Gegenteils alle israelischen Kulturinstitutionen mitverantwortlich für die Aufrechterhaltung der israelischen Besatzung und der Verweigerung der Grundrechte der PalästinenserInnen sind, indem sie dazu schweigen oder aktiv daran beteiligt sind, diese zu rechtfertigen, zu beschönigen oder sonst wie die Aufmerksamkeit von Israels Verletzungen des internationalen Rechts und der Menschenrechte abzulenken. Folglich sind alle diese Institutionen (vor allem staatliche und öffentliche Kulturinstitutionen), alle ihre Produktionen und alle Veranstaltungen, die sie finanzieren oder mittragen, zu boykottieren. Aus dem gleichen Grund sind internationale KünstlerInnen und Kulturschaffende dringend aufgerufen, davon abzusehen, ihre Werke (z.B. Filme, Installationen, literarische Werke) bei mitverantwortlichen israelischen Kultureinrichtungen oder Veranstaltungen auszustellen, aufzuführen oder vorzutragen oder die Veröffentlichung oder Ausstellung ihrer Werke in deren Rahmen zu bewilligen. Veranstaltungen und Projekte mit Personen, die diese mitverantwortlichen Institutionen repräsentieren, sind ebenso zu boykottieren.

Palästinensische KünstlerInnen nicht zum Ausgleich zwingen

Internationale Kulturschaffende, die dem Boykottaufruf nicht nachkommen und versuchen, zum „Ausgleich“ palästinensische Institutionen zu besuchen, gehen von der „Gleichwertigkeit von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit“ aus, vor der Nelson Mandela gewarnt hat. Obwohl Besuche in den besetzten palästinensischen Gebieten durch internationale UnterstützerInnen und VerteidigerInnen der palästinensischen Rechte von den Palästi-

nenserInnen immer als Quelle der Ermutigung und Inspiration angesehen worden sind, sind die PalästinenserInnen zunehmend der Meinung, dass Solidarität bedeutet, dem Boykottaufruf nachzukommen, statt den Besuch palästinensischer Institutionen zu verbinden mit dem Besuch oder der Teilnahme an Konferenzen und Anlässen von zu boykottierenden israelischen Institutionen. Internationale BesucherInnen, die darauf bestehen, israelische Kultureinrichtungen in ihr Programm einzubeziehen, und damit gegen den Boykott verstossen, können nicht erwarten, von palästinensischen Kultureinrichtungen willkommen geheissen zu werden.

„Produktion“ bezeichnet hier kulturelle Produktionen wie Filme oder andere Kunstformen, „Veranstaltung“ Filmfestivals, Konferenzen, Kunstausstellungen, Tanz- und Musikaufführungen, Tourneen von KünstlerInnen, SchriftstellerInnen etc. Die genannten Kriterien erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sollen andere vernünftige Grundsätze, die einen Boykott rechtfertigen, weder vorwegnehmen noch ersetzen oder entkräften. Dies gilt insbesondere für Produktionen oder Veranstaltungen, die explizit Kriegsverbrechen, Rassendiskriminierung, Apartheid, Unterdrückung von

Grundrechten oder schwere Völkerrechtsverletzungen rechtfertigen, verteidigen oder sogar befürworten.

Gestützt auf die bisherigen Ausführungen gilt der palästinensische kulturelle Boykott Israels für folgende Situationen:

- a) Das kulturelle Produkt ist von einer offiziellen israelischen Instanz oder von nicht israelischen Institutionen, die der israelischen Imagewerbung (Brand Israel) oder ähnlichen Propagandazwecken dienen, in Auftrag gegeben worden.
- b) Die Veranstaltung ist teilweise oder vollständig von einer offiziellen israelischen Körperschaft oder einer mitverantwortlichen Institution gesponsert oder finanziert.
- c) Die Veranstaltung oder das Projekt vertreten eine verlogene Symmetrie oder Ausgewogenheit.

Gekürzt und mit Zwischentiteln versehen durch die Redaktion, ungekürzt auf

> www.bds-info.ch/kampagnen/pacbi-kriterien-fuer-kulturellen-boykott
> www.pacbi.org

„Der Kampf gegen die Apartheid wurde in der Vergangenheit schon weitaus konsequenter geführt. Die internationale Antwort auf das Regime in Südafrika war ziviler Ungehorsam und eine Boykott- und Desinvestitionskampagne. Schliesslich verhängte die UNO Anti-Apartheid-Sanktionen, die einen Regierungswechsel ohne furchtbares Blutvergiessen ermöglichten. Heute fordern uns palästinensische DozentInnen, SchriftstellerInnen, FilmemacherInnen und NGOs auf, nach dem historischen Vorbild der Anti-Apartheidbewegung einen Boykott der akademischen Institutionen und des Kulturbetriebs Israels zu

beginnen, um einen neuen Weg in Richtung Gerechtigkeit und Frieden zu beschreiten. Ihr Ruf wurde auf der internationalen Ebene von den UniversitätsdozentInnen mehrerer europäischer Länder, von FilmemacherInnen und ArchitektInnen und auch von einigen mutigen israelischen DissidentInnen aufgenommen. Jetzt ist es an der Zeit, dass noch mehr Personen diese Kampagne unterstützen. Schon Primo Levi hat die Frage gestellt: „Wann, wenn nicht jetzt?“

Ausschnitt aus dem internationalen Aufruf für den kulturellen und akademischen Boykott Israels 2006

Von Südafrika bis Nordamerika, von Montreal bis Berlin

Die palästinensische Initiative für einen akademischen und kulturellen Boykott von Israel erhält weltweit wachsende Unterstützung. PACBI versteht sich als Teil der internationalen BDS-Bewegung.



Flashmob vor der Oper in Tel Aviv gegen eine Aufführung der Cape Town Opera aus Südafrika im Oktober 2010. Foto: Oren Ziv/Activestills

Einer der grössten Erfolge der Bewegung für einen akademischen Boykott war der Beschluss des Senats der südafrikanischen Universität Johannesburg, die langjährigen Beziehungen zur Ben-Gurion-Universität des Negev ab April 2011 abzubrechen. Dem Beschluss war eine Petition von 400 südafrikanischen AkademikerInnen, dem südafrikanischen Gewerkschaftsverband COSATU und Artikel zahlreicher Medien vorausgegangen. Auch Erzbischof Desmond Tutu, Nobelpreisträger und international anerkannter Sprecher gegen das südafrikanische Apartheidregime, schloss sich dem Aufruf an.

Desmond Tutu unterstützte ebenfalls den Aufruf an die südafrikanische Gruppe Cape Town Opera, nicht in Israel aufzutreten. „Wie unter der Apartheid, als wir internationalen KünstlerInnen sagten, Auftritte in Südafrika – einer Gesellschaft mit diskriminierenden Gesetzen und ethnischer Segregation – seien

nicht angebracht, wäre es auch falsch von der Cape Town Opera, in Israel aufzutreten.“

Aus dieser Mobilisierung ging ein Aufruf südafrikanischer KünstlerInnen hervor, sich der BDS-Bewegung anzuschliessen und nicht bei Anlässen von Institutionen aufzutreten, die die israelische Apartheid unterstützen oder mittragen. Die Mobilisierungen sind Ausdruck der breiten Unterstützung für den Boykott Israels in Südafrika, wo die Erfahrungen mit der Apartheid noch immer präsent sind.

Boykottaufufe von KünstlerInnen wurden auch in diversen anderen Ländern lanciert. Den Start machte im September 2009 eine an das Filmfestival von Toronto gerichtete Erklärung unter dem Titel „No celebration of occupation“, der sich 1000 KünstlerInnen weltweit anschlossen. Darin wurde das Festival aufgefordert, nicht in Tel Aviv zu gastieren. Danach waren es 500 KünstlerInnen

in Montreal (Kanada), die einen nationalen Aufruf für den Boykott Israels unterzeichneten, gefolgt von 100 norwegischen Kulturschaffenden. Bekannte KünstlerInnen wie die Musiker Elvis Costello, Carlos Santana, Roger Waters, die SchauspielerInnen Meg Ryan und Dustin Hoffmann, die britische Gruppe Tindersticks, die französische Sängerin Vanessa Paradis oder der amerikanische Folksänger Devendra Banhart sagten ihre Auftritte in Israel ab.

Kein Auftritt für den Apartheidstaat

Mit dem israelischen Krieg gegen den Gazastreifen 2008/09 hat die BDS-Bewegung auch in Europa spürbar Fuss gefasst. In Ländern wie Italien, Frankreich, Deutschland, Spanien, den Niederlanden und der Schweiz sind nationale BDS-Netzwerke entstanden. In Grossbritannien und Schottland ist die BDS-Bewegung, insbesondere der akademische Boykott, schon älter und besser verankert. In Berlin forderte die BDS-Gruppe diesen Frühling die Schaubühne Berlin auf, ihre Hamlet-Inszenierung am Israel Festival in Jerusalem vom 3. bis 4. Juni 2011 abzusagen. Im offenen Brief weist die Gruppe insbesondere darauf hin, dass die Stadt Jerusalem als Mitveranstalter Teil der israelischen Besatzungsmacht in der Westbank ist, die an der aktuellen Vertreibung palästinensischer BewohnerInnen beteiligt ist. „Im Gegensatz zu Hamlet haben Sie eine Wahl: Auf der einen Seite können Sie sich über alle systematischen Menschenrechtsverletzungen des staatlichen Sponsors des Israel-Festivals hinwegsetzen und werden dadurch zum Werkzeug der israelischen Hasbara-Politik, also der israelischen Regierungspropaganda. Auf der anderen Seite können Sie sich dafür entscheiden, dem Aufruf zu folgen, den die palästinensische Zivilgesellschaft mit über 170 Nichtregierungsorganisationen 2005 verfasst hat: keine institutionellen Besuche in Israel, bis Israel sich an verbindliches Völkerrecht hält.“ > www.pacbi.org

Der Staat Israel – ein Apartheidregime

Die westliche Nahost-Berichterstattung und die öffentlichen Diskussionen über Kompromisslösungen im Palästina-Konflikt beschränken sich auf Symptome und Auswirkungen. Die politischen und ideologischen Grundlagen blieben lange ausgeblendet. Seit ein paar Jahren pochen nun die PalästinenserInnen stärker auf ihre Rechte und der Charakter Israels wird genauer untersucht.



Nach der Vertreibung, palästinensisches Flüchtlingslager in Jordanien, UNRWA-Archiv

Es gibt immer mehr Stimmen, die das Grundproblem und die Ursache des Palästina-Konflikts im kolonialistischen Charakter des Staates Israel mit seiner zionistischen Politik und seinem Apartheidregime gegenüber der arabischen Bevölkerung sehen.

Das Verbrechen der Apartheid wird im Völkerrecht als systematische rassistische Diskriminierung und Unterdrückung definiert, die im Zusammenhang mit einem institutionalisierten Regime in der Absicht begangen wird, dieses Regime aufrechtzuerhalten.

In Israel ist ein solches diskriminierendes Regime seit der Gründung des Staates etabliert. Im Laufe des Krieges und der Staatsgründung 1948 wurden 750 000 PalästinenserInnen vertrieben. Mithilfe des israelischen „Absentee Property Law“ von 1950 wurden sie grösstenteils enteignet und man ver-

weigerte ihnen das Rückkehrrecht. Bewusst wurde in den ersten Jahren nach der Staatsgründung ein Rechtssystem aufgebaut, das der ethnisch-religiösen (in völkerrechtlicher Terminologie „rassistischen“) Vorherrschaft der jüdischen Bevölkerung bzw. der Diskriminierung der nicht jüdischen Bevölkerung dient. Dabei wurde im Gegensatz zu Südafrika auf eine allzu offensichtliche Gesetzesprache verzichtet und stattdessen meist das Mittel der indirekten Diskriminierung gewählt. In Israel selbst ist die Segregation weniger offensichtlich als in den besetzten Gebieten. Dies ist mit ein Grund, warum sich die Weltöffentlichkeit nur langsam über die Art und den Charakter des israelischen Systems bewusst wird. Umso wichtiger ist es, die institutionellen Faktoren deutlicher in den Vordergrund zu stellen.

Facetten der Apartheid

Als 1967 das Westjordanland und der Gazastreifen besetzt wurden, war das Apartheid-System bereits etabliert. Seit 1967 haben alle israelischen Regierungen die jüdische Besiedlung dieser Gebiete vorangetrieben. Die Besatzung entspricht der Natur und Logik des politischen Zionismus, dem es darum geht, die Vorherrschaft der jüdischen Bevölkerung zu gewährleisten, und stellt nicht etwa eine isolierte Kriegshandlung dar. Die israelische Politik in den besetzten Gebieten folgt der Behandlung, die die arabische Bevölkerung innerhalb Israels nach der Staatsgründung erfahren hatte. Im Gegensatz zur jüdischen Bevölkerung wurden die PalästinenserInnen dem Militärrecht unterstellt und durften sich nur in einem eng begrenzten Gebiete aufhalten. Obwohl die PalästinenserInnen in Israel 20% der Bevölkerung stellen, leben sie auf nur 2,5% des Staatsgebietes. Das Ausmass der Gettoisierung der PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten ist mit den südafrikanischen Bantustans vergleichbar, aber auch in Israel besteht noch immer eine weitgehende Segregation.

Zum Regime der israelischen Apartheid gegenüber der palästinensischen Bevölkerung gehören unter anderem die grossflächige Enteignung von Land, die Zerstörung von landwirtschaftlichen Strukturen, die Errichtung von Siedlungsblocks und -strassen, die diskriminierende Verteilung von Wasser, Häuserzerstörungen, Ausgangssperren, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der PalästinenserInnen, die Zerstörung des Strassennetzes und Blockaden, die Errichtung einer Trennmauer in den besetzten Gebieten und selbst zwischen arabischen und jüdischen Ortsteilen in Israel, die willkürliche Verhängung von Administrativhaft, die Unterdrückung von Gewerkschaften und politischem Widerstand sowie die Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Zur Verschleierung des politischen Charakters der israelischen Apartheid trägt auch die Tatsache bei, dass der Staat von Beginn an wichtige Funktio-



An einem Checkpoint wartende Palästinenser. Foto: Daniel Berchtold

nen an parastaatliche jüdische Organisationen übertragen hat. Insbesondere in der Frage des Bodens und anderen strategischen Domänen überlässt der Staat die rassistische, diskriminierende Politik anderen und kann nicht auf Anhub mit diesen Strukturen assoziiert werden. Die World Zionist Organisation, die Jewish Agency for the Land of Israel und der Jewish National Fund legen in ihren Statuten ausdrücklich fest, dass sie nur für das Wohl der jüdischen Bevölkerung tätig sein dürfen. Durch dieses System der Auslagerung von staatlichen Aufgaben an zionistische Organisationen sind z. B. 93% des Bodens innerhalb Israels Juden/Jüdinnen vorbehalten.

Bei den Wurzeln ansetzen

Die Lösung des Nahostkonflikts kann nur darin liegen, das Internationale Recht, insbesondere das Verbot der Apartheid sowie die Menschenrechte und die einschlägigen UNO-Resolutionen durchzusetzen. Die vollständige, gleichberechtigte Anerkennung der zi-

vilen, politischen und wirtschaftlichen Rechte aller, die Anerkennung der Religionsfreiheit und anderer Grundfreiheiten, das gleiche Recht auf Bildung und die Garantie der Versammlungs- und Meinungsfreiheit im gesamten heute von Israel kontrollierten Territorium sind nicht nur universelle Werte, sondern die einzige Alternative für einen gerechten Frieden.

In diesem Sinne versteht sich die internationale BDS-Bewegung, die diese Rechte ins Zentrum stellt, als gewaltloses Instrument der Zivilgesellschaften, um Druck auf Israel und die eigenen nationalen Regierungen auszuüben

und die kritischen Stimmen innerhalb Israels zu unterstützen, bis sich das Rechtssystem ändert und die israelische Politik der Apartheid ein Ende findet. Die Erfahrung mit dem Apartheidregime in Südafrika hat gezeigt, dass eine Zusammenführung von tief zersplitterten Bevölkerungsteilen zu einer funktionierenden Einheit und Nation möglich ist. Der Antiapartheidkampf der PalästinenserInnen und der internationalen BDS-Kampagne stützt sich nicht nur auf das internationale Recht, sondern auch auf die Erfahrungen der Schwarzen und der Weltgemeinschaft mit dem Kampf gegen die Apartheid in Südafrika.

Die vier Säulen des israelischen Apartheidregimes

1. Gesetze und eine Politik, welche die Bevorzugung der vorherrschenden Bevölkerungsgruppe gemäss ethnisch-religiösen Kriterien institutionalisiert.
2. Systematische Absonderung, Zerteilung und Segregation der untergeordneten Gruppe.
3. Systematische Umsiedlung der Bevölkerung, verbunden mit der Entnationalisierung (Staatenlosigkeit) von Flüchtlingen der unterdrückten Gruppe.
4. Systematische Unterdrückung des Widerstands der unterdrückten Gruppe.

(Basierend auf: Occupation, Colonialism, Apartheid? A re-assessment of Israel's practices in the OPT under international law; HSRC, Cape Town, South Africa, Mai 2009)

Impressum

Palästina-Info Sommer 2011, Auflage 2000, erscheint halbjährlich.

Herausgeberin: Palästina-Solidarität Region Basel, www.palaestina-info.ch

Kontakt: info@palaestina-info.ch

MitarbeiterInnen an dieser Nummer: Oren Zivi/Activestills (Foto), Birgit Althaler, Claudine Faehndrich, Daniel Berchtold (Foto), Jenny Bolliger (Fotobearbeitung, Korrekturen), Urs Diethelm, Georg Iliev (Layout), Stephanie Selg, Roberto Ventrella (Foto), Magdalena Wehrli (Korrekturen)

So hilft Ihre Spende konkret

Die Palästina-Solidarität Region Basel erhält zahlreiche kleinere und grössere Spenden. Sie ermöglichen unsere Arbeit. Hier einige Beispiele, wie wir dieses Geld in letzter Zeit eingesetzt haben.

200 Franken für Raummiete

200 Franken kostete die Raummiete im Unternehmen Mitte für die Veranstaltung mit der Palästinenserin Rajaa Omari von elBalad aus Haifa. Wir konnten die Flugreise von ihr mit zahlreichen VeranstalterInnen in Deutschland teilen. Zu den Kosten kam nur die Zugreise zum nächsten Veranstaltungsort und die Werbung.

500 Franken für die Miete des Kinos

So viel kostete die Miete des Kinos, um den Film „Jaffa – The Orange’s Clockwork“ von Eyal Sivan zu zeigen. Dazu kamen die Kosten für die Reise des Regisseurs von Paris nach Basel, ein kleines Honorar und der Werbeflyer.

10 000 Franken für BDS Schweiz

Nach Vorliegen der Jahresrechnung haben wir diesen Frühling beschlossen, der BDS-Bewegung in der Schweiz ein Startbudget zur Verfügung zu stellen. BDS Schweiz wird damit hauptsächlich die Zeitung und ein Plakat zum Konsumboykott (siehe Beilage) vorfinanzieren. Die Zeitung wurde auch der Wochenzeitung (WOZ) beigelegt.

Der allergrösste Teil unserer Aktivitäten erfolgt wie bisher in ehrenamtlichem Engagement.

Besten Dank für Ihren Beitrag!
Palästina-Solidarität Region Basel,
4002 Basel
PC 40-756856-2

September 2011: 20 Jahre „Friedensverhandlungen“

Die Bilder sind eindrücklich, wie Tausende von palästinensischen Flüchtlingen zum Teil durch Minenfelder auf israelische Grenzzäune zugehen und ihr Recht auf Rückkehr einfordern, das die UNO bereits 1948 zugesichert hatte. Die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung lebt heute im Exil ausserhalb von Palästina. Sie wurden im Zuge der Staatsgründung Israels vertrieben, um einen Staat mit mehrheitlich jüdischer Bevölkerung zu gründen. Die Protestaktionen fanden am 14. Mai 2011 zum 63. Jahrestag der Nakba an der Grenze zum Libanon, zu Syrien und zu Jordanien statt.

Seit 20 Jahren wird die Hoffnung auf eine Lösung des Palästina-Konflikts durch Verhandlungen geweckt, die zu einem palästinensischen Staat neben dem jüdischen Staat führen sollen. Doch nicht nur die Verhandlungen sind ins Stocken geraten, auch das Ziel ist gescheitert. Das Gebiet, das die Palästinenserbehörde real kontrollieren kann, umfasst einige Bantustans im Westjordanland und das Freiluftgefängnis Gaza. Was bringt die Ausrufung eines Pseudostaates in diesen Gebieten der palästinensischen Bevölkerung? Weniger Repression und mehr Bewegungsfreiheit? Ein Ende der Blockade des Gazastreifens? Die Möglichkeit zur Rückkehr der Flüchtlinge? Gleichberechtigung in Israel? All das ist kaum zu erwarten.

Der Nationale Ausschuss der palästinensischen BDS-Kampagne (BNC) begrüsst zwar, wenn international das Recht der PalästinenserInnen auf Selbstbestimmung anerkannt wird. Er hält die Anerkennung eines palästinensischen Staates unter den aktuellen

Bedingungen aber für unzureichend, um die Rechte der PalästinenserInnen durchzusetzen. Daher ruft der BNC die Zivilgesellschaft weltweit auf, weiter für die BDS-Kampagne zu mobilisieren, um das Ende von Besatzung und Vertreibung sowie Gleichberechtigung und das Recht auf Rückkehr durchzusetzen. Ohne Druck von unten hätten sich die meisten westlichen Regierungen auch nicht bewegen lassen, Sanktionen gegen das Apartheidregime in Südafrika zu verhängen.

Geheimdiplomatie

Anfang Jahr veröffentlichten *Al Jazeera* und *Guardian* Geheimdokumente über die Verhandlungen zwischen der Palästinenserbehörde (PA) und Israel. Die „Palestine Papers“ machten offensichtlich, wie wenig Israel den Palästinensern entgegenkommt und wie weit die PA bereit ist, wichtige Rechte aufzugeben (Selbstbestimmung über Ostjerusalem, Rückkehrrecht der Flüchtlinge). Der palästinensisch-französische Anwalt Ziyad Clot, der mehrere Monate als Berater der Verhandlungsdelegation der PLO tätig war und dazu im Herbst 2010 ein Buch mit dem Titel „Il n’y aura pas d’Etat palestinien“ veröffentlicht hat, räumte im Mai 2011 im *Guardian* ein, den beiden Medien einen Teil der Informationen zugespielt zu haben. Darin schreibt er: „Die sogenannten Friedensverhandlungen waren eine trügerische Farce, wobei Israel einseitig seine Bedingungen durchsetzte und von den USA und der EU systematisch unterstützt wurde.“

Ziyad Clot wird am 7. September 2011 auf Einladung der Palästina-Solidarität zum Thema Palästinenserstaat und Verhandlungsprozess sprechen (Unternehmen Mitte, Basel, Beginn 19.30 Uhr).